

Niederschrift über die 13. Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum:	Montag, 10.05.2021
Beginn der Sitzung:	17:30 Uhr
Ende der Sitzung:	19:00 Uhr
Sitzungsort:	Festsaal Freiheitshalle

Anwesend:

OBERBÜRGERMEISTERIN

Döhla, Eva

BÜRGERMEISTERIN

Bier, Angela

BÜRGERMEISTER

Auer, Sebastian

STADTRÄTE

Adelt, Jürgen, Dr.
Bogler, Hilmar
Böhm, Karola
Böhm, Michael
Bruns, Gudrun
Etzel, Thomas
Fleischer, Wolfgang
Franke, Michaela
Fuchs, Renate
Gollwitzer, Kai
Herpich, Christian
Kaiser, Alexander
Kampschulte, Peter
Kiehne, Gudrun
Kilincsoy, Aytunc
Knieling, Jürgen
Kunzelmann, Max
Leitl, Patrick
Lentzen, Matthias
Lockenvitz, Felix
Mergner, Matthias
Meringer, Reinhard
Prenzel, Lena
Rädlein-Raithel, Christina
Rambacher, Albert
Schmalfuß, Stefan
Schrader, Ingrid
Schrader, Klaus, Dr.
Senf, Peter
Strößner, Florian
Ulshöfer, Jochen
von Rücker, Jörg
Wunderlich, Hülya
Zeh, Dominik

Zeitler, Klaus

UNTERNEHMENSBEREICHSLEITER

Baumann, Klaus
Fischer, Peter
Gleim, Stephan, Dr.
Wulf, Klaus

Abwesende und entschuldigte Personen:

STADTRÄTE

Dietrich, Maximilian, Dr.
Heimerl, David
Hering, Andrea

Schriftführer/in:

Ute Schörner-Kunisch

298 Eröffnung

Oberbürgermeisterin D ö h l a eröffnet die 13. Sitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates unter Zusendung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung rechtzeitig eingeladen wurden.

Eiwendungen gegen die Tagesordnung gibt es keine.

Die Entschuldigungen von

Frau Stadträtin H e r i n g und
Herrn Stadtrat H e i m e r l aus privaten Gründen

sowie

Herrn Stadtrat D r. D i e t r i c h aus beruflichen Gründen

werden anerkannt.

Das Haus ist beschlussfähig.

Das Protokoll über die 12. Sitzung des Stadtrates vom 19.04.2021 wird zur Einsichtnahme aufgelegt.

Die Protokolle über die 10. Sitzung des Stadtrates vom 18.03.2021 und über die 11. Sitzung des Stadtrates vom 22.03.2021 wurden nicht beanstandet und gelten daher nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

Auf das Herumreichen einer Anwesenheitsliste wird auch heute aus Hygienegründen verzichtet. Die Anwesenheit der Stadtratsmitglieder wird durch die Schriftführerin bestätigt.

Unter den Zuhörern begrüßt die Vorsitzende heute auch die Inspektoranwärterin Theresa Böhm herzlich.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

**299 Antrag Nr. 67 der Bündnis90/Die GRÜNEN-Stadtratsfraktion:
Pestizidverzicht in der Stadt Hof**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der Bündnis90/Die GRÜNEN-Stadtratsfraktion vom 29.04.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Unternehmensbereich 5 zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

**300 Antrag Nr. 68 der FAB/Freie-Stadtratsfraktion:
Nutzung des BayernPortals und der BayernApp für digitale Angebote der Stadt
Hof**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der FAB/Freie-Stadtratsfraktion vom 30.04.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung und Organisation zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

Im Rahmen der Bekanntgabe informiert Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a, dass dieser Antrag voraussichtlich in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.05.2021 öffentlich behandelt werden soll. In dieser Sitzung wollen die beiden Fachbereich 10 und 12 über Digitalisierung und e-government sowie über die Strategie der Stadtverwaltung informieren und dabei gleichzeitig diesen Antrag mit behandeln.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Verwaltungsdirektor Fischer
35 Stadtratsmitglieder	

301 Berufung eines Stellvertreters für die Vertretung der Stadt Hof in der Gesellschaftsversammlung der Stadtwerke Hof Holding GmbH

Vortrag:

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Hof Holding GmbH wird gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 8 des Gesellschaftsvertrages durch die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Hof Holding GmbH entlastet. Nunmehr steht die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2020 an. Einzige Vertreterin in der Gesellschafterversammlung ist Frau Oberbürgermeisterin Döhla. Sie kann aber nicht über die Entlastung ihrer eigenen Person in der Tätigkeit als Vorsitzende des Aufsichtsrates entscheiden. Daher bedarf es hierzu einer Vertreterin bzw. eines Vertreters. Nach den Regelungen des Art. 39 der Bayer. Gemeindeordnung wird die Oberbürgermeisterin durch die weiteren Bürgermeister vertreten. Frau Bürgermeisterin Bier als auch Bürgermeister Auer sind jedoch nicht im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hof Holding GmbH vertreten. Aus diesem Grund wird mit Zustimmung von Frau Bürgermeisterin Bier und Herrn Bürgermeister Auer vorgeschlagen, für den jährlich erforderlichen Beschluss in der Gesellschafterversammlung über die Entlastung der Oberbürgermeisterin in der Funktion der Aufsichtsratsvorsitzenden in der Stadtwerke Hof Holding GmbH Herrn Stadtkämmerer Peter Fischer mit der Vertretung der Stadt Hof in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Hof Holding GmbH zu bestellen. Herr Fischer ist Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hof Holding GmbH und kann daher an der Gesellschafterversammlung, die im Anschluss an die Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke Hof Holding GmbH stattfindet, ohne zusätzliche Belastung teilnehmen.

Die Bestellung soll solange gelten, wie weder Frau Bürgermeisterin Bier noch Herr Bürgermeister Auer Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hof Holding GmbH sind.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat Hof bestellt den Stadtkämmerer Peter Fischer als Vertreter der Stadt Hof für den jährlich erforderlichen Beschluss in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Hof Holding GmbH zur Entlastung der Oberbürgermeisterin Döhla als Aufsichtsratsvorsitzende im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hof Holding GmbH.

Die Bestellung soll solange gelten, wie weder Frau Bürgermeisterin Bier noch Herr Bürgermeister Auer Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hof Holding GmbH sind.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt, nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, einstimmig dem vorstehenden Beschlussvorschlag zu.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 38 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

302 Homepage der Stadt Hof mit HofGalerie-Meldungen; Anfrage von Herrn Stadtrat Senf vom 22.04.2021

Anfrage:

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a zeigt sich erfreut, dass in der vergangenen Woche einige Anfragen für die heutige Sitzung in Schriftform eingegangen wären.

Beginnen würde sie mit der Anfrage der FAB/Freie-Stadtratsfraktion betreffend die Meldungen zur HofGalerie auf der Homepage der Stadt Hof. Sie bittet den Antragsteller um seine Anfrage.

Herr Stadtrat S e n f spricht im Namen der Fraktion und führt aus, dass man angefragt hätte, ob auf der Homepage der Stadt Hof Mitteilungen über die HofGalerie, die den Eindruck für jemanden von außerhalb kommend vermitteln würde, dass es nach wie vor ein aktuelles Projekt sei. Dies solle überprüft werden. Zum Zeitpunkt seiner Anfrage am 22.04.21 hätte es 15 Punkte gegeben, die unter dem Begriff „Mieter“ aufgetaucht wären, 8 bei dem Begriff HofGalerie, heute sei allerdings ein Punkt weggefallen. Seine Anregung sei, dass man das nicht mehr Aktuelle als solches kennzeichnen solle.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a dankt für die Frage und Anregung. Dazu könne sie folgendes Antworten: Nach der allgemeinen Geschäftsanweisung (AGA) der Stadt Hof (Nr. 6.2 Internetauftritt und Soziale Medien) „unterhält die Stadt Hof zur Information der Bevölkerung ein eigenes Internet-Angebot, welches grundsätzlich von der Medienstelle redaktionell gepflegt wird. Damit diese Seiten stets aktuell gehalten werden können, sind alle Dienststellen verpflichtet, eingehende Informationen über für die Öffentlichkeit bedeutsame Ereignisse, Maßnahmen und Entscheidungen unverzüglich auch an die Medienstelle weiter zu leiten“.

Dies bedeutet, dass die Aufnahme von Inhalten auf der städtischen Homepage in der Regel vom jeweils sachlich zuständigen Fachbereich veranlasst werden würde; die Einstellung in der Homepage selbst würde durch die städt. Medienstelle erfolgen. Die Medienstelle würde grundsätzlich nicht die Aktualität sowie den Bedeutungszusammenhang der jeweiligen Inhalte überprüfen.

Bei den angesehenen Inhalten hätte es sich um früherer Eingaben gehandelt, die aus archivarischen Gründen noch abrufbar gewesen wären. Nun stünde fest, dass die HofGalerie nicht verwirklicht werden wird. Es hätte nie eine HofGalerie gegeben, es gäbe keine und es werde nie eine geben. Nach einigen Überlegungen in den letzten Tagen hätte man entschieden, diese Inhalte unter dem Titel „HofGalerie“ aus dem Internetauftritt zu entfernen.

Der Vorgang werde zum Anlass genommen, die Fachbereiche darauf hinzuweisen, die Aktualität der eingestellten Inhalte zu überprüfen und ggf. Löschungen bzw. Aktualisierungen vorzuschlagen, die die Medienstelle dann umsetzen werde.

Unabhängig davon weist die Vorsitzende darauf hin, dass beim bereits in die Wege geleiteten Relaunch der Homepage (mit neuer Software) der Aufbau und die Inhalte umfassend überprüft werden sollen und insgesamt eine neue aktualisierte Struktur angestrebt werde. Allerdings könnte man unter der Rubrik „Pressearchiv“ auch in Zukunft noch Meldungen finden, die etwas älter wären. Von daher werde nicht alles über die HofGalerie verschwinden, aber diese eigene Seite werde dann nicht mehr existieren.

Herr Stadtrat M e r i n g e r meldet sich zu Wort und möchte wissen, ob eine Diskussion zugelassen sei.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a lehnt dies ab und verweist darauf, dass sie nur die Anfrage der Stadtratsfraktion beantwortet hätte und eine Diskussion nicht vorgesehen sei. Wenn er noch eine weitere Frage hätte oder eine Frage noch offen sei, so könne er diese am Ende der öffentlichen Sitzung stellen.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

303 Zustand der Gebäude "Inkurabel", "Weberkleidung" und Gaststätte Bürgerbräu in der Alsenberger Straße; Anfrage von Herrn Stadtrat Schmalfuß vom 10.05.2021

Anfrage:

Herr Stadtrat S c h m a l f u ß stellt im Namen der CSU-Fraktion folgende Anfrage:

Die „Inkurabel“ in der Pfarr sei eines der ältesten und geschichtsträchtigen Häuser Hof's. Im Jahr 2017 wäre es von der Hospitalstiftung (von Osten'schen Waisenhausstiftung) an Pia Höhne und Fabian Höhne (Leipold) verkauft worden, nicht zuletzt auch wegen des damals überzeugenden Konzeptes und dem Vorhaben, das Gebäude zu eigenem Wohnraum zu sanieren, sowie Ferienwohnungen zu errichten. In der Frankenpost sei damals die Rede von 1,2 Mio Euro Investition gewesen. Allerdings sei bis heute dergleichen anscheinend nichts geschehen.

Gerade in Bezug zum Thema Hofer Baukultur und historische Gebäude wäre es wichtig zu wissen, was mit der „Inkurabel“ geschehen soll. Es sei eines der ältesten Gebäude in Hof, daher möchte man wissen, wie es weitergehen werde. Man soll nicht warten, bis irgendwann die Bausubstanz so schlecht sei, dass nur noch ein Abriss möglich wäre, analog der Geschichte zum Blauen Haus. Er regt an, die Herren Leo Reichel und Adrian Roßner als Heimatpfleger zu Rate zu ziehen.

Ein ähnliches Bild würde sich bei den Gebäuden der ehemaligen WEBERKLEIDUNG in der Luitpoldstraße und der Gaststätte BÜRGERBRÄU in der Alsenberger- /Königstraße bieten. Auch hier sei im Jahr 2019 angekündigt worden, dass diese Anwesen saniert werden würden. In der Region würde es an attraktiven, bezahlbaren und barrierefreien Wohnungen fehlen, hieß es damals. Auch hier würde man eine wahrnehmbare Veränderung vermissen.

Es wäre schön, wenn man sich diesem Thema annehmen würde und erfahren könnte, wie mit diesen Gebäuden in Zukunft weiter verfahren werden soll.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a merkt an, dass die Stadtverwaltung die Eigentümer bei Sanierungsvorhaben sehr unterstützen würde. Bei der „Inkurabel“ würde sie keine Anzeichen des Verfalls erkennen. Das Gebäude stünde schon bereits seit einigen hundert Jahren solide da.

Herr Baudirektor D r. G l e i m führt aus, dass für das Gebäude im Juni 2018 ein Bauantrag zum Umbau und zur Nutzungsänderung der ehemaligen Gastwirtschaft zu einem Wohnhaus mit drei Wohneinheiten beantragt worden sei. Für das unter Denkmal- und Ensembleschutz stehende Gebäude seien vom Bauherrn mehrfach schriftlich (zuletzt im Mai 2019) zusätzliche Konstruktionspläne und Angaben zur denkmalfachlichen Beurteilung nachgefordert worden.

Da die Nachreichung dieser Pläne durch den Bauherrn bis zum August 2019 nicht erfolgt sei und eine zeitnahe Umsetzung des Bauvorhabens durch den Bauherrn auf Nachfrage nicht mehr verfolgt worden sei, hätte man den Bauantrag wegen Unvollständigkeit von Amts wegen mit einem Bescheid zurückgenommen. Die Rechtslage gäbe vor, dass wenn Unterlagen, die vom Bauamt nachgefordert würden, nicht innerhalb der vorgegebenen Frist vorgelegt werden würden, der Bauantrag rechtlich als zurückgenommen gelte.

Das Anwesen würde sich nach wie vor in Privatbesitz des genannten Eigentümers befinden. Informationen über einen offensichtlich schlechten Zustand des Gebäudes wären dem FB 60 nicht bekannt, daher seien auch keine bauordnungsrechtlichen Schritte angezeigt. Von daher könnten die Informationen gerne an den Stadtheimatpfleger Herren Reichel gegeben werden. In wie fern dieser aus denkmalfachlicher Sicht etwas unternehmen könne, sei dahingestellt.

Bei dem Gebäude der ehemaligen „Weberkleidung“, Ecke Wilhelmstraße/Luitpoldstraße, würde sich die Lage etwas günstiger darstellen. Das Objekt sei durch einen privaten Investor erworben worden, welcher dort umfangreiche Sanierungs-, Um- und Rückbaumaßnahmen zur zukünftigen Schaffung von Wohnungen, auch in der Erdgeschosslage, vorsehen würde. Ein diesbezüglicher Bauantrag sei mit Bescheid vom März 2021 bereits auf dem Verwaltungsweg erteilt worden.

Beim Gebäude der Gaststätte „Bürgerbräu“ in der Alsenberger Straße würde es sich ebenfalls um ein denkmalgeschütztes Gebäude handeln, das sich seit einiger Zeit im Eigentum eines privaten Investors befinden würde und durch Umbau- und Sanierungsmaßnahmen zukünftig zu Büro- (im EG) und Wohnzwecken genutzt werden soll. Ein diesbezüglicher Bauantrag würde vorliegen, die Baugenehmigung stünde noch aus. Das Landesamt für Denkmalpflege würde die Maßnahme grundsätzlich begrüßen, allerdings wären u. a. auch Fragen zur Standsicherheit zu klären, die mit nicht unerheblichen Mehrkosten verbunden wären.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

304 Sachstandsinformation zum Thema Kinderarmut; Anfrage von Frau Stadträtin Wunderlich vom 05.05.2021

Anfrage:

Frau Stadträtin **W u n d e r l i c h** bittet in ihrer Anfrage um einen Sachstand zum Thema Kinderarmut. Die Kinder und Jugendlichen als schwächste Mitglieder der Gesellschaft würde die Armut, gerade jetzt auch in der Pandemie, besonders hart treffen.

Herr Sozialrat **W u l f** führt aus, dass sich im Herbst 2020 eine Arbeitsgruppe mit dem Namen Kinderpfel gebildet hätte. Hier wären Fachleute vertreten, unter anderem von der Diakonie, dem Jobcenter, dem Schulamt, der Fachakademie usw., die ein Konzept erarbeiten wollen. Der Kinderschutzbund sei auch vertreten.

Man hätte sich darauf geeinigt, zwei Wege zu gehen. Zum einen möchte man einen Wegweiser für Fachkräfte erarbeiten, da man festgestellt hätte, dass es zwar staatliche Mittel für Bildung und Teilhabe und auch noch weitere Fördertöpfe geben würde, allerdings würde es die Sache auch komplizieren, da man erst einen Antrag stellen müsse und hierzu Unterstützung und Hilfe benötigen würde. Deshalb hätte man gedacht, dass man einen Wegweiser erarbeiten würde, der die Fachkräfte in allen Bereichen informieren würde, welche Möglichkeiten es für Familien in prekären Lebensverhältnissen geben würde. In der Regel sei bei den Fachkräften und ehrenamtlichen Mitarbeitern das Wissen vorhanden, die dann die Möglichkeit hätten, die Personen entsprechend zu informieren und bei der Antragstellung Hilfestellung zu geben. Gerade für den Bereich Bildung und Teilhabe könne die Antragsmenge erhöht werden, da derzeit relativ wenige einen Antrag stellen würde im Vergleich dazu welche Möglichkeiten vorhanden seien. Abstimmungsprozesse mit vielen Beteiligten wären derzeit noch im Laufen und man hoffe, dass man bis zur Sommerpause damit fertig sei, um es im neuen Schuljahr einsetzen zu können, genauso wie in den Kindertagesstätten und auch Online würden die Informationen bereitgestellt. Auf dieser Ebene erwarte man sich dann mehr Unterstützung durch die Fachkräfte und entsprechend mehr Teilhabe der Kinder und Familien.

Der zweite Weg sei ein sog. Hofer Kinderpass, dessen Einführung für 2022 geplant sei. Hier sollen die Kinder die Möglichkeit haben, günstig Angebote nutzen zu können. Es soll mit Anbietern zusammengearbeitet werden, um diese Vergünstigungen anbieten zu können, ähnlich wie der Sommerferienpass, aber auf das ganze Jahr bezogen. Eine Stigmatisierung soll vermieden werden, deshalb werde dieser Pass für alle Kinder gelten. Sicher werde man einen Teil über Sponsoring abdecken können, aber es müsse auch städtisches Geld in die Hand genommen werden. Derzeit liefen erst einmal die Planungen und Vorbereitungen. Nach den Zahlen, die man ermittelt hätte, würden ca. 30 % der Hofer Kinder wirklich in prekären Verhältnissen leben. Mit dem Wegweiser wolle man, vor allem die Eltern, unterstützen und die vorhandenen staatlichen Gelder entsprechend abrufen.

Der Wegweiser würde alle Informationen enthalten, wo man Unterstützung, auch im privaten Bereich z. B. von Stiftungen, erhalten könne, ebenso wie von staatlicher und kommunaler Seite. In dieser Art wolle man sich diesem Thema annehmen und hoffe, dass man dann an den Zahlen erkennen könne, dass die Angebote angenommen würden.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** zeigt sich erfreut, dass trotz der Pandemie und den Schwierigkeiten Sitzungen abhalten zu können, schon seit Monaten an diesem Thema gearbeitet werden würde und dann in den nächsten Wochen sicher etwas Konkretes vorgestellt werden könnte.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

305 Angebot von Schnelltests bei Sitzungen des Stadtrates; Anfrage von Herrn Stadtrat Senf vom 30.04.2021

Anfrage:

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a führt aus, dass Herr Stadtrat S e n f angefragt hätte, in wie weit die kostenlosen Corona-Schnelltests vor den Sitzungen auch den Mitarbeitern der Stadt Hof, den Besuchern oder Pressevertretern angeboten werden könnten und ob die Testergebnisse als offizieller Nachweis verwendet werden könnten.

In der Freiheitshalle sei erstmalig vor der Stadtratssitzung am 19.04.2021 ein Schnelltestangebot für die Stadtratsmitglieder geschaffen und von der Hallenverwaltung organisiert worden. Dieses Angebot sei freiwillig und kostenlos und könnte von Mitarbeitern und von den Pressevertretern sowie den Besuchern in Anspruch genommen werden so lange die Besucherzahl überschaubar bliebe. Ansonsten wäre es zeitlich schwierig alles vor der Sitzung noch abzuwickeln. Daher sei eine vorherige Anmeldung für eine Planung wünschenswert aber nicht zwingend. Auf Wunsch wird den negativ getesteten Personen eine Bestätigung über das Testergebnis entsprechend den Vorgaben des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege mit Datum und Uhrzeit der Testung sowie dem verwendeten Antigen-Schnelltest ausgestellt. Das Testteam sei durch den Betriebsarzt der Stadt Hof eingewiesen worden.

Eine Anordnung im Sinne einer Verpflichtung werde derzeit als nicht erforderlich betrachtet. Die Vorsitzende dankte allen, die das Angebot nutzen würden.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

306 Bisherige Kosten der Schaustelle; Anfrage von Herrn Stadtrat Senf v. 07.05.2021

Anfrage:

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a fasst auf Wunsch der FAB/Freie-Fraktion deren schriftliche Anfrage vom 07.05.2021 zur Schaustelle wie folgt zusammen:

Es sei danach gefragt worden, welche Kosten für die Schaustelle aufgewandt worden wären, vor allem für die Bereiche Miete, Baukosten, Kosten für die Geltendmachung rechtl. Ansprüche usw. Dies hätte man noch nicht alles im Detail zusammentragen können. Weiterhin sei gefragt worden, welche weiteren Kosten noch veranschlagt werden würden und dass man unterscheiden sollte zwischen den Kosten, deren Höhe schon feststünde und den Kosten, deren Höhe nur geschätzt werden könne. Außerdem welche Beiträge zur Abdeckung der vorgenannten Kosten von Dritten bereits geflossen wären, aufgeschlüsselt nach Mittelherkunft und Mittelzweckbestimmung und welche Beiträge dieser Art, im Sinn von Förderzusagen, noch erwartet werden würden. Zuletzt sei noch danach gefragt worden, ob mit der Rückforderung von bereits geleisteten Beiträgen zur Abdeckung der Kosten von Dritten, z. B. Widerruf von Förderzusagen, gerechnet werden müsste und wenn ja, in welcher Höhe.

Hierzu führt die Vorsitzende folgendes aus:

An der Situation mit dem Generalunternehmer Spantech hätte sich nichts verändert. Derzeit würde der Rückbau vorbereitet. Ein Teil der bühnentechnischen Ausrüstung würde in der Spielzeitpause 2021 wieder ausgebaut und im Theater eingebaut. Das müsste innerhalb der spiel- bzw. probenfreien Zeit geschehen, wenn die weiteren Arbeiten an der Bühnentechnik im Großen Haus fertiggestellt sind.

Die aktuelle Kostenaufstellung würde, gerundet, folgendes Bild ergeben:

Bisher seien vom Theaterzweckverband 2 Mio. € gezahlt worden; davon wären 1,14 Mio. € Ersatzvornahmen für vom Generalunternehmer Spantech nicht erbrachte Leistungen. Diese hätte die Stadtverwaltung in Auftrag gegeben und bezahlt, könnte sich dieses Geld aber wieder zurückholen, da die Ersatzpreise für den eigentlichen Generalunternehmer beauftragt worden seien.

640.000 € wurden an Spantech nach Baufortschritt, wie vertraglich vereinbart gewesen, entrichtet.

Eine Summe von 250.000 € sei außerhalb des Leistungsverzeichnisses (z.B. Veranstaltungstechnik, die nicht in der Generalsanierung enthalten sei) noch zustande gekommen.

Über die Hälfte wären Beträge, die, je nach Ausgang der juristischen Auseinandersetzung, die Stadt Hof wiederbekommen könnte. Man würde davon ausgehen, dass nach einer außergerichtlichen Einigung oder einer gerichtlichen Entscheidung gegenüber Spantech auch Rückforderungen möglich wären.

Zur Durchsetzung der aufgelaufenen und entstehenden Forderung und zur Abwehr von ungerechtfertigten Ansprüchen der Firma Spantech sei eine Rechtsanwaltskanzlei beauftragt worden.

Darüber sei zuletzt am 21.4.2021 in der Sitzung des Aufsichtsrates der Theater Hof GmbH ausführlich berichtet worden. Auch hinsichtlich der mit der Generalsanierung und der Interimsspielstätte verbundenen Zuschüsse hätte man berichtet. Im Haushaltsjahr 2020 wären 800.000 € zusätzlich vom Freistaat für die zusätzlichen Belastungen der Interimszeit eingegangen. Im Wirtschaftsplan wären weitere zusätzliche 150.000 € vom Freistaat vorgesehen und beantragt. Eine Rückstellung für Kosten des Interims in Höhe von 500.000 € sei gebildet worden.

Herr Baudirektor D r . G l e i m bestätigt die Ausführungen der Vorsitzenden.

Frau Stadträtin B r u n s fragt danach, ob die Kosten für den Rückbau bei den Einzelleistungen, die extra von der Stadt Hof beauftragt worden wären, bereits berücksichtigt seien oder müsse man damit rechnen, dass hier auch nochmals Kosten auftreten könnten.

Herr Baudirektor D r. G l e i m antwortet, dass dies eine rechtliche Fragestellung sei, da die Fa. Spantech noch zum Rückbau verpflichtet sei. Für den Rückbau sei eine Rate vorgesehen, die erst an die Fa. Spantech ausgezahlt werden wird, wenn die Leistung erbracht sei.

Oberbürgermeisterin D ö h l a ergänzt, dass laut Vertrag die Fa. Spantech für den gesamten Rückbau der Schaustelle zuständig sei und dies auch mit dem Auftraggeber vereinbart sei. Dafür stünde auch noch eine letzte abschließende Rate zur Auszahlung an die Fa. Spantech im Raum, die fällig sei, wenn der Rückbau ordnungsgemäß abgeschlossen sei. Der Rückbau sei somit nicht doppelt in Auftrag gegeben.

Frau Stadträtin B r u n s verdeutlicht, dass es ihr um die Arbeiten ginge, die von anderen Firmen ausgeführt worden wären, da sie die Fa. Spantech nicht hätte leisten können. Sie möchte wissen, ob diese Leistungen bereits beim Rückbau inkludiert wären oder ob diese Rückbaukosten, z. B. für die Heizungsanlage, noch hinzukommen könnten.

Herr Baudirektor D r. G l e i m erklärt, dass beispielsweise die Heizungsanlage für die vereinbarte Zeit nur gemietet sei und diese ihre Gerätschaften am Ende des Mietvertrages wieder abholen würden.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

307 Kosten für Abriss und Neubau der Angerbrücke; Anfrage von Herrn Stadtrat Senf vom 07.05.2021

Anfrage:

Herr Baudirektor D r. G l e i m bezieht sich auf die schriftliche Anfrage der FAB/Freie-Fraktion vom 07.05.2021, in der zum Abriss und Neubau der Angerbrücke folgende Fragen gestellt worden wären:

1. Welche Kosten hätte die Stadt Hof für einen Abriss der Angerbrücke aufzuwenden?
2. Welche Kosten hätte die Stadt Hof für einen Neubau aufzuwenden?
3. Mit welchen Beträgen zur Abdeckung der vorgenannten Kosten durch Dritte (z. B. durch Fördermittel) könnte gerechnet werden und wenn ja, in welcher Höhe?

Das Thema sei nicht neu und man hätte im November 2019 im Bauausschuss einen Vortrag dazu gehalten. Zur ersten Frage führt er aus, dass der Abriss der Brücke am Mittleren Anger mit 450.000,00 € einschließlich Entsorgung veranschlagt sei. Die Telekom hätte ihre Leitungen aus dem Bauwerk 2021 entfernt und Vodafone hätte einen Antrag auf eine oberirdische Überführung über die Saale gestellt, der mit den Fachstellen abgeklärt werden würde.

Der Abriss sei nach Klärung der Ersatzverlegung mit der Fa. Vodafone und mit dem Wasserwirtschaftsamt Hof außerhalb der hochwasserfreien Zeit geplant.

Zur Frage 2 sei darzulegen, dass der Neubau der Brücke ca. 2.000.000,00 € kosten würde. Hier würde man, nach Rücksprache mit der Regierung von Oberfranken, mit einer 80 %igen Förderung rechnen. Die vielfach diskutierte Behelfsbrücke für die Übergangszeit sei dagegen nicht förderfähig.

Zur dritten Frage erklärt er folgendes:

Eine separate Geh- und Radwegbrücke würde ca. 250.000,00 € kosten, die, wie bereits erwähnt, nicht förderfähig und daher aus haushaltsrechtlichen Gründen vorerst nicht vorgesehen sei.

Zusammenfassend könne er sagen, dass der Abbruch 450.000 €, der Neubau 2.000.000 € und eine Behelfsbrücke 250.000 € kosten würden und nur der komplette Neubau für 2.000.000 € förderfähig sei.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a ergänzt, dass es einen ähnlichen Antrag der CSU-Fraktion aus dem Jahr 2020 geben würde. Hier hätte man bereits schon einmal erörtert, wie man eine Behelfsbrücke realisieren könnte, der Sachstand hätte sich seitdem nicht geändert.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

308 Antrag Nr. 57 der FAB/Freie-Fraktion v. 19.02.2021 zum Wärschtlamo-Logo; Sachstandsanfrage

Anfrage:

Die FAB/Freie-Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 06.05.2021 an die Bearbeitung des Antrages Nr. 57 „ Eilantrag zur Abstimmung über das abschließende Logo des Hofer Wärschtlamos sowie dessen Sicherung“ erinnert. Die Eilbedürftigkeit sei seinerzeit abgelehnt worden, nun wolle man wissen, wie die weitere Behandlung des Antrages sei. Das abschließende Logo sollte dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt werden und auch die Sicherung des neuen und überarbeiteten Logos sollte durch die Stadtverwaltung erfolgen.

Hierzu teilt Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** mit, dass die Sicherung des neuen und überarbeiteten Logos nicht erfolgt sei. Es würde noch keine abschließende, vertragliche Einigung mit der Rechteinhaberin geben. Daher würde die Stadtverwaltung derzeit an einem Plan B weiterarbeiten. Über die vertraglichen Inhalte werde in der heutigen Sitzung im nichtöffentlichen Teil noch berichtet werden. Über den Antrag der FAB/Freie-Fraktion könne kein Beschluss gefasst werden und der Antragsteller soll erklären, ob dieser seinen Antrag mit den Ausführungen als erledigt ansehen würde oder ob der Antrag bis zur Klärung der rechtlichen Seite zurückgestellt werden soll.

Herr Stadtrat **S e n f** bittet im Namen der FAB/Freie-Stadtratsfraktion um Zurückstellung des Antrages bis zur Klärung der offenen Fragen.

Frau Stadträtin **B r u n s** ergänzt, dass das Logo, das von den Hofern kreiert worden sei, nach ihrer Meinung mit dem ursprünglichen Logo nichts mehr zu tun hätte. Daher denke sie, dass es sinnvoll wäre, für dieses Logo einen Marken- und Wortschutz zu beantragen, da dann die Problematik auf der Seite des anderen Logo-Inhabers bestünde, der beweisen müsste, dass sein Logo mit dem neuen Logo stark identisch sei. Daher sollte die Stadt Hof tätig werden.

Die Vorsitzende erwidert, dass man in Kontakt stehen würde.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

309 Impfkampagne für Benachteiligte

Anfrage:

Herr Stadtrat **R a m b a c h e r** bezieht sich auf die aktuellen Meldungen zu den mobilen Impfdiensten, die in Vierteln mit prekären Wohnsituationen, bei sozial Schwachen oder an Brennpunkten aktiv wären. Ihm würde sich die Frage stellen, ob dies nicht auch in Hof eingeführt werden sollte bzw. angedacht sei. Es sei mittlerweile wissenschaftlich bestätigt, dass ein Zusammenhang zwischen prekären Lebensverhältnissen und hohen Inzidenzzahlen bestünde. In Hof würde es darum gehen, endlich einmal Licht am Ende des Tunnels zu sehen und die Zahlen nach unten zu bringen.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** bestätigt, dass man sich hiermit bereits beschäftigt hätte. Vor zwei Wochen hätte man dies intern schon diskutiert und auch bereits mit dem Landrat und dem Leiter des Impfzentrums besprochen, dass man in diese Richtung etwas anbieten möchte. Allerdings sei es noch nicht so konkret, um Genaueres sagen zu können. Derzeit stünden noch viele Impfwillige bereit, aber es werde sicher die Zeit kommen, in der man für Impfungen werben und die Menschen dafür gewinnen müsse. Das sei dann der Zeitpunkt, um mehr aus dem Impfzentrum heraus- und in die Stadtteile hineinzugehen.

Herr Stadtrat **R a m b a c h e r** verweist auf das große Problem hinsichtlich der Sprache und verdeutlicht, dass in anderen Städten Integrationsbeauftragte oder Sozialpädagogen unterwegs wären, die die Leute entsprechend informieren würden.

Die Vorsitzende führt aus, dass hierzu im Integrationsnetzwerk auch bereits Vorbereitungen mit allen Beteiligten und in alle Richtungen laufen würden.

Herr Stadtrat **D r. S c h r a d e r** ergänzt, dass er erfahren hätte, dass sowohl Stadt als auch Landkreis ein weiteres Sonderkontingent Impfstoff erhalten soll, das in der kommenden Woche verimpft werden könnte. Dies sei ein gutes Angebot, um die Wartezeit verkürzen zu können. Das Problem sei, dass die Hausärzte über den eingehenden Impfstoff zu kurzfristig informiert werden würden und dann schauen müssten, dass der Impfstoff verimpft werden könnte.

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** fragt an, in Bezug auf seinen Antrag (Nr. 66) zur Corona-Strategie, ob man sich nicht dringend darum bewerben sollte, bundesweit als Modellstadt ausgewählt zu werden. Die Zeit würde drängen. Schließlich hätte es Tirschenreuth vorgemacht und die Wirtschaft in der Stadt Hof würde vor die Hunde gehen.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** antwortet, dass der Antrag von Herrn Meringer noch nicht behandelt und beraten worden sei. Derzeit wären die Modellprojekte auch alle weitestgehend eingefroren, auch die vom Freistaat Bayern. Im Moment könne man mit dem Fortschritt nicht ganz unzufrieden sein, denn alle Einschränkungen, die man ertragen hätte, würden jetzt langsam Früchte tragen. Wissenschaftlich begleitete Modellprojekte wären auch ein sog. „Deckmäntelchen“ gewesen, unter dem man gewisse Öffnungen durchgeführt hätte, die der Wissenschaft allerdings nur bedingt weitergeholfen hätten.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

310 Reaktivierung Höllentalbahn

Anfrage:

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** spricht die Reaktivierung der Höllentalbahn an und stellt die Frage, ob die Oberbürgermeisterin das Gefühl hätte, wenn man die Infrastruktur verbessern möchte, dass alle zusammen mit den Berufspolitikern das menschenmögliche unternommen hätten, um hier einen schnelleren Schritt vorwärts zu kommen.

Die Oberbürgermeisterin erwidert, dass sie eine Informationsfrage hätte beantworten können, aber keine Frage nach Meinungen und Gefühlen.

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** hakt nach und sei der Meinung, dass man hier eine einzigartige Chance hätte, schneller voran zu kommen. Dies müsse politisch entschieden werden, da sich zwei Meinungen gegenüberstehen würden.

Die Vorsitzende macht deutlich, dass man sich nun in der Fragestunde befinden würde und Herr Meringer kein Plädoyer zu einem Thema, das ihm wichtig sei, halten soll.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:

Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

311 Generalsanierung Bismarckturm

Anfrage:

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** dankt dafür, dass die Bismarckturm-Generalsanierung auf diese Art auf den Weg gebracht worden sei. Er hätte die Presseerklärung zur Kenntnis genommen.

Darauf erwidert die Oberbürgermeisterin, dass man nicht die Generalsanierung auf den Weg gebracht hätte. Hier würde es sich um ein Missverständnis handeln. Sie bittet darum, genauer zu lesen.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
35 Stadtratsmitglieder	

312 Fortschreibung des Generalverkehrsplans

Anfrage:

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** bezieht sich auf die Fortschreibung des Generalverkehrsplans. Dafür müsse mehr Geld im Haushalt eingestellt werden. Er möchte wissen, auch hinsichtlich der Trassenplan hinüber zur B15, ob man genug getan hätte, um den Generalverkehrsplan fortzuschreiben. Er verweist auch auf die neue Ansiedlung von Amazon, daher würde ihm die Zeit drängen und er sei der Meinung, dass man Chancen verschlafen würde.

Zu dieser Anfrage könne die Oberbürgermeisterin sagen, dass man dafür derzeit keine Gelder in den Haushalt eingestellt hätte. Man wisse, dass man eines Tages wieder einen aktuellen Generalverkehrsplan benötigen werde und hätte bereits schon darüber gesprochen, wann ein guter Zeitpunkt dafür wäre.

* * *

Anfrage gestellt

g.w.v.

Eva Döhla
Oberbürgermeisterin

Ute Schörmer-Kunisch
Schriftführer/in